

Zentraldeponie Hubbelrath: Zeitgewinn durch Erhöhung

Erkrath - Mit großer Mehrheit stimmte der Erkrather Stadtrat dem Düsseldorfer Projekt „Kuppenerhöhung der Zentraldeponie Hubbelrath auf 160,7 m über Normalnull“ zu - und zwar nicht, weil der Berg von Müll und Dreck mitten im schönsten Erholungsgebiet zwischen der Landeshauptstadt und Mettmann als passend angesehen wird, sondern in der Überzeugung, daß nur eine Kapazitätsausweitung durch zusätzliche Schichten die gefürchtete flächige Vergrößerung der Deponie um einige Jahre hinausschieben kann. Zudem erwarten viele Ratsmitglieder eine Minderung der Sickerwasser-Risiken infolge der vorgesehenen Zwischenabdichtung.

Die Bedenken der Bürgerlichen mit Umweltverantwortung, die gegen die Kuppenerhöhung stimmten, kamen nur in einem Beitrag von Otto Bander zum Ausdruck: „Uns fehlt ein Sanierungskonzept für die Gesamtdeponie. Das Restrisiko ist zu groß.“

BmU-Vorsitzender Bernhard Osterwind, der sich seit vielen Jahren intensiv und fachkundig mit dem Deponiegeschehen befaßt, gehört nicht mehr dem Stadtrat an. Er hätte im Umweltausschuß seine durch ein vorausgegangenes Fachgespräch mit Vertretern des Deponiebetreibers Düsseldorf teilweise noch unterbauten Bedenken geltend gemacht. Doch in der Ausschußsitzung, so formulierte Osterwind, „kam es zu einer Tagesordnungsumstellung, so daß ich an einer weite-

ren Teilnahme aus beruflichen Gründen verhindert war.“

Aus einer detaillierten schriftlichen Zusammenfassung Bernhard Osterwinds sei hier das noch nicht allgemein bekannte Problem Deponiegas angeführt. Nach einem Fachgutachten steigen aus dem Deponiekörper pro Stunde 600 bis 800 Kubikmeter Deponiegas auf - einschließlich eines Anteils Methan (50.000 Kubikmeter jährlich), „von dem jedes Molekül dreißigmal stärker zum Treibhauseffekt beiträgt als das bekannte Kohlendioxyd“ (Künftig soll das Gas unter der neuen Kuppe gefaßt und durch einen „Biofilter“ mit Mikroorganismen behandelt werden).

Das erschreckende Fazit von Bernhard Osterwind: „Mit seinem Beschluß handelt der Rat in seiner Mehrheit nicht zum Wohle der Stadt Erkrath:

Es liegen keine Abwägungen von Alternativstandorten vor.

Der zeitlich ursprünglich befristete Deponiebetrieb mündet nun in ein zeitlich völlig unbegrenztes Projekt.

Der Charakter der Deponie wandelt sich von einer Baustoffdeponie über eine Hausmülldeponie zur Gewerbe- und Industriemülldeponie.

Es liegt kein Sanierungskonzept für die Gesamtdeponie vor.

Es gibt keinen Positivnachweis für die Unbelastetheit aller Grundwasserbrunnen.

Es gibt keinen Positivnachweis für das Fehlen von z. B. Kieslinsen im alten Deponiebereich.

Es gibt kein Konzept, die nun unbegrenzt durch die Stadt Erkrath führenden Mülltransporte und Transporte mit Recyclinggut über sichere Straßen (Steilstück hinter dem Rosenhof) zu führen oder die Bürger vor den Immissionen dieser Fahrzeuge zu schützen.

Die Stadt Erkrath vertraut der Stadt Düsseldorf in einem Großprojekt ersten Ranges - einer Großstadt, der man vorwerfen kann, mit ihrer Informationspolitik die Bürger der Stadt Erkrath hinters Licht geführt zu haben, - einer Großstadtverwaltung, in der einigen Mitarbeitern im Hinblick auf den Deponiebetrieb Bestechlichkeit vorgeworfen wird.

Die Stadt Erkrath vertraut aber auch einem Regierungspräsidenten, der ohne Beteiligung der Stadt Erkrath den Charakter der Deponie unter seiner Aufsicht hat wandeln lassen. Sagt Erkrath jetzt ja, deckt dieser Rat das Deponiekonzept ab. Er wird sich nie wieder beschweren können - er wird noch nicht einmal sagen können, er habe von allen Risiken ja nichts gewußt...“

*

Ob die Stadtverwaltung Erkrath zukünftig aufmerksamer und kritischer das Geschehen beobachtet als in der Vergangenheit, ist abzuwarten. Als in der letzten Ratssitzung Jochen Lohoff (SPD) fragte, ob der Verwaltung bekannt sei, daß die Stadt Düsseldorf auch im Osten der Deponie für viel Geld Land erwerbe, lautete die Antwort „nein“.